

WISO

Experten und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Diskurs

Juli 2009



Grundstruktur eines universellen Alterssicherungssystems mit Mindestrente

Gesprächskreis
Sozialpolitik

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Diskussionspapier des Gesprächskreises Sozialpolitik
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Grundstruktur eines universellen Alterssicherungssystems mit Mindestrente

Volker Meinhardt
Markus Grabka

Inhalt

Vorbemerkung	3
1. Einleitung	4
2. Wandel erzwingt Reformen	5
3. Das universelle Alterssicherungssystem: Ziele und Eckpunkte eines Reformmodells	7
4. Methodische Vorgehensweise	8
5. Ergebnisse	9
5.1 Rentenaufstockungsbedarf	9
5.2 Beitragszahlung	14
6. Gesamtbetrachtung	17
Die Autoren	31

Dieses Diskussionspapier wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autoren in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Vorbemerkung

Der hier veröffentlichte Beitrag von Dr. Markus Grapka und Dr. Volker Meinhardt ist auf die Überlegung zugespitzt, durch eine Neugestaltung der Rentenfinanzierung Altersarmut zu vermeiden und damit auch größere Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.

Hintergrund dieser Überlegungen ist die Einsicht, dass das Rentenniveau in 20 Jahren deutlich niedriger ausfallen wird als für die meisten heutigen Rentenbezieher: Für eine steigende Anzahl an Personen wird aus den unterschiedlichsten Gründen (z. B. unstetige Erwerbsverläufe, geringe Einkommen führen selbst bei langandauernder Erwerbstätigkeit zu niedrigen Anwartschaften) eine Rente erreicht, die im Bereich des Existenzminimums liegt.

Eine wesentliche Ursache für das sinkende Rentenniveau wird darin gesehen, dass sich die Rentenpolitik heute im Unterschied zur Vergangenheit nicht mehr vorrangig an der Aufrechterhaltung eines hohen Leistungsniveaus (Lebensstandardsicherung) orientiert, sondern in erster Linie an der Beitragsstabilität.

Um Altersarmut zu vermeiden und größere Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, schlagen die Autoren deshalb Folgendes vor:

Alle Bürger ab dem 18. Lebensjahr zahlen in Abhängigkeit von ihrem individuellen Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung ein. Die paritätische Finanzierung bleibt bei Erwerbstätigkeit bestehen. Dieser Vorschlag folgt den Überlegungen, die bisherige Rentenversicherung in eine Bürgerversicherung zu überführen.

Da die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze vorgesehen ist, können sich Personen mit hohem Einkommen nicht mehr wie bisher der Solidarität entziehen. Zwar bleibt aus verfassungs-

rechtlichen Überlegungen das Äquivalenzprinzip nach wie vor bestehen, allerdings haben die Rentenleistungen bei steigender Rentenhöhe einen regressiven Verlauf. Dies ist ein Kernelement der verteilungspolitischen Überlegungen der Autoren.

Armutsvermeidung wird erzielt, indem Personen ohne oder mit einem geringen Einkommen eine Mindestrente ohne Bedürftigkeitsprüfung erhalten, die deutlich über der bisherigen Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung liegt. Wenn diese Mindestrente nicht durch Eigenbeiträge der Leistungsbezieher erzielt werden kann, müssen zur Aufstockung der Fehlbeträge Steuer- oder Beitragsmittel herangezogen werden. Letztlich bedeutet dies, dass Personen mit hohem Einkommen einen Solidarbeitrag leisten müssen.

Um eine höhere Verteilungsgerechtigkeit in Abhängigkeit von der Haushaltskonstellation zu erreichen, wird ein Splitting des Einkommens innerhalb eines zusammenlebenden Paares vorgeschlagen, was in diesem Modell in Abhängigkeit von der Einkommenssituation auch zu größerer Verteilungsgerechtigkeit zwischen Ehepaaren und Ledigen führt.

Die Darstellung der Autoren beruht auf Simulationsberechnungen, die auf der Basis des Soziökonomischen Panels durchgeführt wurden. Die ermittelten Daten werden in diesem Bericht in Tabellenform wiedergegeben. Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei Markus Grapka und Volker Meinhardt für die konstruktive Zusammenarbeit.

Peter König

René Bormann

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

1. Einleitung

Hauptziel eines gesetzlich regulierten Systems der Alterssicherung ist es, den Lebensunterhalt aller Personen, die aus Alters- oder Invaliditätsgründen am Erwerb von Einkommen gehindert sind, in ausreichendem Maße zu sichern. Das Erreichen dieses Ziels ist im gegenwärtigen System der Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der demographischen, ökonomischen (vor allem der Arbeitsmarkt- und Entlohnungsprobleme) und gesellschaftlichen Veränderungen gefährdet.

Mit der Einführung des Altersvorsorgeanteils als Anhängsel der Riester-Rente und dem Nachhaltigkeitsfaktor wurde im deutschen Rentenversicherungssystem von dem bis dahin vorherrschenden defined benefits System zu einem defined contributions System übergegangen. Von der Zielgröße eines bestimmten Rentenniveaus wurde abgegangen und zu der Zielgröße eines normativ festgelegten Beitragssatzes übergewechselt. Auf Grund dieser in die Rentenformel eingebauten reduzierten Dynamisierung der Rentenansprüche ergab sich ein geringeres Rentenniveau. Diese Entwicklung wird sich auch in den folgenden Jahren fortsetzen. So wird das Rentenniveau vor Steuern von 52,1% im Jahre 2005 auf 42,5% im Jahre 2030 sinken.

Verstärkt wird diese Entwicklung durch eine strukturelle Veränderung bei den Erwerbspersonen – weg vom sozialversicherungspflichtigen Vollzeitverhältnis hin zu so genannten atypischen Erwerbsformen, wie Soloselbstständigkeit, geringfügiger Beschäftigung oder Teilzeitarbeit –

sowie durch Instabilitäten auf dem Arbeitsmarkt (weiterhin hohe Arbeitslosigkeit) und einer schwachen Lohnentwicklung. Des Weiteren wird durch den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung von Renten das Nettorentenniveau weiter absinken. All diese Momente dürften in Zukunft zu einem Anstieg der Altersarmut führen. Schätzungen gehen davon aus, dass in der Zukunft mehr als 35 Erwerbsjahre mit einer durchschnittlichen Entlohnung benötigt werden, um eine Absicherung im Alter zu erreichen, die oberhalb der Sätze der Grundsicherung für Ältere liegt. Trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung besteht die Gefahr einer unzureichenden Höhe der Altersruhegelder von Versicherten mit kleineren und mittleren Verdiensten, aber erst recht bei Personen mit wiederholten Lücken im Erwerbsverlauf, zum Beispiel aufgrund von Arbeitslosigkeit. Eine solche Entwicklung würde die Legitimität eines auf Beitragszahlung basierenden Alterssicherungssystems in Frage stellen.

In dieser Arbeit werden die Grundstrukturen und finanziellen Konsequenzen eines universellen Alterssicherungssystems zur Reduktion des Problems von Altersarmut entwickelt und erarbeitet. Wunsch der Auftraggeber war, die bisher bestehende Äquivalenzbeziehung zwischen Beitragszahlung und Anspruchserwerb nicht vollständig aufzulösen. Möglich wäre ein Mindestsicherungssystem auch mit einer Mindestbeitragszahlung ohne eine Äquivalenzbeziehung zwischen Beitragshöhe und Anspruch.

2. Wandel erzwingt Reformen

Der bisher erfolgte Paradigmenwechsel in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) – Beitragsstabilität statt Niveausicherung – ist der Versuch, auf die auf die Alterssicherung einwirkenden Kräfte und künftigen Herausforderungen zu reagieren. Zu nennen sind

- die demographischen Veränderungen und
- der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel.

Die demographisch bedingten Veränderungen der Bevölkerungsstruktur bedrohen langfristig massiv die finanzielle Stabilität der Alterssicherung. Bis zum Jahre 2050 werden aufgrund der anhaltend geringen Geburtenrate immer weniger junge Leute in das Erwerbsalter hineinwachsen, andererseits wächst der Kreis der Älteren wegen der steigenden Lebenserwartung. Ab dem Jahr 2020 ist mit einem starken Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter – und damit mit der Zahl der Beitragszahler in der GRV – zu rechnen.

Gemildert wird der Einfluss der veränderten Altersstruktur auf die finanzielle Entwicklung der Alterssicherung durch die künftig steigende Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung. Die Lebensarbeitszeit verlängert sich aufgrund der gesetzlichen Erhöhung der Regelaltersgrenzen und die Erwerbsbeteiligung der Frauen im mittleren Lebensalter nimmt voraussichtlich weiterhin zu. Trotzdem ist absehbar, dass in der Gesetzlichen Rentenversicherung langfristig immer weniger Beitragszahler einen immer größer werdenden Rentenbestand finanzieren müssen.

Dieses Problem kann nur durch Beitragssatzsteigerungen und/oder Leistungskürzungen gelöst werden. Eine weitere Beitragssatzsteigerung

wird von vielen als eine ökonomische Überforderung der Wirtschaft angesehen. Stiegen die Lohnkosten stark und sinke deshalb die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb, so könnten sich negative Beschäftigungseffekte ergeben. Eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit konnte in den letzten Jahren empirisch nicht nachgewiesen werden; die Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin Exportweltmeister.

Die Fortsetzung der bisher eingeschlagenen Wege zur Fixierung des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung auf eine normativ festgelegte Höhe, birgt die Gefahr einer weiteren Senkung der Rentenniveaus in der GRV. Ob es gelingt, diese Senkung durch die private Vorsorge auszugleichen, ist fraglich, da insbesondere einkommensschwache Gruppen bislang seltener private Altersvorsorgeverträge abschließen als obere Einkommensbezieher und damit ihr Risiko für Altersarmut zusätzlich erhöhen.¹ Kapitalfundierte Renten sind zudem kurzfristigen Renditeschwankungen unterworfen. Problematisch ist zudem, dass immer weniger junge Menschen die Zinsen für das Altersvorsorgevermögen erwirtschaften müssen. Hinzu kommt, dass die Arbeitgeberseite von der Verpflichtung zur solidarischen Beteiligung an den Kosten der ergänzenden Altersvorsorge verschont bleibt.

Der Erfolg einer weiteren Heraufsetzung der Altersgrenze für den Ruhestand ist letztlich von der Situation auf dem Arbeitsmarkt abhängig. Können ältere Arbeitnehmer nicht bis zur heraufgesetzten Altersgrenze arbeiten, bedeutet dies für sie faktisch eine niedrigere Altersversorgung, d.h. eine Kürzung der Rente.

1 Vgl. Axel Börsch-Supan, Anette Reil-Held und Daniel Schunk (2007): The Savings Behaviour of German Households: First Experiences with State Promoted Private Pensions. Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing (MEA), Nr. 136.

Durch die veränderten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ist das Berufsleben von immer mehr Menschen durch Arbeitslosigkeit, Umschulung und nicht oder unzureichend versicherten Beschäftigungen geprägt. Viele wechseln vom so genannten Normalarbeitsverhältnis in – zum Teil arbeitnehmerähnliche – Selbstständigkeit oder neue Formen freiberuflicher Tätigkeit. Das Einkommen ist hier häufig nicht hoch genug, um eine ausreichende private Altersvorsorge aufzubauen. Das bestehende Alterssicherungssystem, das im Grundsatz auf der Basis durchgehender Erwerbs- und Versicherungsverläufe die Höhe der Altersrente bestimmt, kann unter diesen Bedingungen zunehmende Armut im Alter nicht verhindern und das Ziel der Lebensstandardsicherung noch weniger gewährleisten.

Hinzu kommt, dass immer mehr jüngere Menschen die überkommene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nach dem Leitbild der

„Versorger-Ehe“ ablehnen. Dies zeigt sich auch in der zunehmenden Bedeutung von nicht ehelichen Lebensgemeinschaften oder in der zunehmenden Bedeutung von Alleinerziehenden-Haushalten. Frauen streben heute eine eigenständige Teilhabe am Erwerbseinkommen sowie an den Leistungen des Alterssicherungssystems an. Aber die mangelnde Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit führt zu unterbrochenen und durch Teilzeitarbeit geprägten Erwerbsverläufen mit entsprechend niedrigen Erwerbseinkommen und unzureichenden eigenen Rentenansprüchen. Vor dem Hintergrund veränderter Erwerbs- und Familienbiographien erscheint daher eine Reform der Hinterbliebenenversorgung mit einer Abkehr vom bisherigen Witwen-/Witwerrentensystem angebracht. Es steht vielmehr im Widerspruch zur Forderung nach einer eigenständigen, ausreichenden Alterssicherung für Frau und Mann – unabhängig von Ehe und gegebenenfalls Scheidung.

3. Das universelle Alterssicherungssystem: Ziele und Eckpunkte eines Reformmodells

Eine Veränderung des gegenwärtigen Alterssicherungssystems in ein universell ausgestaltetes Alterssicherungssystem, das eine Mindestrente gewährleistet, bietet die Chance, die Lücken und Mängel der gegenwärtigen Alterssicherung zu beseitigen.

Folgende Ziele sollten mit einem solchen System erreicht werden:

- Solidarität und Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Generationen,
- Vermeidung von Altersarmut,
- Beibehaltung der paritätischen Beitragsfinanzierung,
- Eigenständigkeit der Rentenansprüche.

Die Eckpunkte dieses universellen Alterssicherungssystems könnten sein:

1. Angestrebt wird eine individuelle Versicherungspflicht, die sich auf die gesamte Wohnbevölkerung vom vollendeten 18. Lebensjahr an bis zum Rentenbeginn erstreckt. Beamte, politische Mandatsträger, alle Selbstständigen und Nichterwerbstätige wären somit ebenfalls versicherungspflichtig. Für jede Person der beschriebenen Altersgruppe muss ein individueller Beitrag entrichtet werden. Vorgesehen ist ein Mindesteigenbeitrag, der, bezogen auf das Jahr 2008, etwa 150 Euro pro Monat beträgt. Dies entspricht der Hälfte des Beitrages, mit dem nach den gegenwärtigen Regelungen eine Mindestrente von 800 Euro pro Monat (50 Jahre Beitragszeiten) erzielt werden kann. Die andere Hälfte des Beitrages wird durch den Arbeitgeber gezahlt. Wenn der einzelne Versicherte auf der Basis seiner Erwerbseinkünfte

nicht in der Lage ist, diesen Mindestbeitrag zu leisten, dann wird der Eigenbeitrag aufgestockt. Die Zahlung erfolgt im Nachhinein und nur dann, wenn sich bei Rentenbeginn aus der Berücksichtigung aller Zeiten des Antragstellers ein Rentenbetrag von weniger als 800 Euro pro Monat ergibt (Bezug das Jahr 2008). Diese Aufstockung kann entweder aus Steuermitteln oder aus Beitragsmitteln geleistet werden. In der Grundversion der folgenden Berechnungen wird von einer Steuerfinanzierung ausgegangen.

2. Die derzeit (2008) geltende Beitragsbemessungsgrenze von 5.300 € / Monat (West) und 4.500 € / Monat (Ost) entfällt.
3. Für die Berechnung der Höhe der Rente gilt weiterhin eine Äquivalenz von Beitrag und Rente. Allerdings nur bis zu einer Rentenhöhe, die dem 1,5 fachen der Durchschnittsrente (die Standardrente nach 45 Versichertenjahren beträgt zum 1.1.2008 in Westdeutschland rund 1.182 €) entspricht. Für Beiträge, die zu einer höheren Rente führen, gilt eine stark regressive Berechnung. Aus verfassungsrechtlichen Gründen wird auf eine vollständige Kappung der Rentenansprüche wie in der Schweiz jedoch verzichtet.
4. Angestrebt wird der Aufbau einer eigenständigen und ausreichenden Anwartschaft für alle Mitglieder der Gesellschaft. Damit entfällt die Notwendigkeit einer abgeleiteten Hinterbliebenenversorgung. Es gilt jedoch ein Vertrauensschutz in der Übergangsphase.

4. Methodische Vorgehensweise

Im Folgenden sollen die finanziellen Konsequenzen eines derart strukturierten Modells berechnet werden. Im Rahmen dieser Arbeit kann kein umfassendes dynamisches Modell mit veränderter Bevölkerungsstruktur, sich verändernden Erwerbsverläufen und damit veränderten Rentenansprüchen aufgebaut werden. Analysiert werden die finanziellen Konsequenzen am Status des Jahres 2006, indem angenommen wird, dass das Mindestrentenmodell bereits im Jahr 2006 existiert hätte.

Grundlage der Berechnungen sind die mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) ermittelten Daten über Art und Höhe der individuellen Einkünfte (eigene und abgeleitete Alterssicherungsleistungen, staatliche oder private Transfers, Erwerbseinkommen und Kapitaleinkommen). Basis für die Simulationsrechnungen ist die Bevölkerungsstruktur der Personen in Privathaushalten in Deutschland des Jahres 2007, mit deren Informationen zum Einkommen aus dem Vorjahr (2006). Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung der Personen in privaten Haushalten, die seit 1984 jährlich bundesweit durchgeführt wird. Im Erhebungsjahr 2007 stehen für mehr als 21.000 erwachsene Befragungspersonen (ab 17 Jahren) Informationen zur Verfügung. Der Vorteil des SOEP besteht darin, dass alle Bevölkerungsgruppen repräsentativ abgebildet werden und zudem detaillierte Einkommensinformationen erhoben werden, die wesentliche Grundlage für die weiteren Berechnungen darstellen.

Die Berechnungen werden in zwei Schritten erstellt:

- Als erstes ist der Kreis der Personen zu bestimmen, der entweder eine Altersrente oder eine Invaliditätsrente bezieht. Der Kreis der Personen, die Alterseinkünfte beziehen, wird abgegrenzt durch das Alter „65 und älter“. Die Invaliditätsrentner werden aus dem Kreis der Jüngeren bestimmt. Für diese „Rentner“ wird die Höhe der eigenen und abgeleiteten Alterseinkünfte bestimmt und aufgestockt, falls diese Einkünfte die angestrebte Mindestrentenhöhe von 800 € nicht erreichen.
- In einem zweiten Schritt ist der Kreis der Zahler und deren möglicher Finanzierungsbeitrag zu bestimmen. Abgegrenzt wird der Zahlerkreis durch die Altersabgrenzung von 17 bis 65 Jahre. Ausgenommen sind Personen, die eine Frührente beziehen, da unterstellt wird, dass von Renteneinkünften kein Beitrag zu leisten ist. (Statt der im Modell vorgesehenen Altersgrenze von 18 Jahren muss aus erhebungstechnischen Gründen die Abgrenzung 17 Jahre genommen werden.)

Als Bemessungsgrundlage für den Finanzierungsbeitrag werden die individuellen Erwerbseinkünfte herangezogen. Beitragssatz ist der des Jahres 2006, d.h. 19,5%. Da im Modell eine paritätische Finanzierung unterstellt wird, hat das einzelne Individuum 9,75% des individuellen Erwerbseinkommens als Beitrag zu zahlen. Liegt dieser Beitrag unter dem Betrag von 150,- €, wird der mögliche Aufstockungsbetrag bestimmt.

5. Ergebnisse

5.1 Rentenaufstockungsbedarf

Insgesamt werden im SOEP 14,5 Mill. Personen erfasst, die älter als 65 Jahre sind, von diesen verfügen 3,6 Mill. Personen (oder 25%) über Bruttoeinkünfte, die unter 800 € pro Monat liegen (Tabelle 1). Zieht man dagegen das im Haushaltskontext verfügbare Pro-Kopf-Nettoeinkommen heran, so übersteigt dieses für den größten Teil dieses Personenkreises den Betrag von 800 €. Bei den Einpersonen-Haushalten unterschreiten ca. 1 Mill. (17%) von den 5,5 Mill. Einpersonen-Haushalten die 800 € Bruttogrenze (Tabelle 1a). Auch deren Nettoeinkommen erreichen nicht das angestrebte Sicherungsniveau von 800 € pro Monat.

Grundsätzlich sind zwei Ausgestaltungsvarianten eines universellen Systems der Alterssicherung mit einer Mindestrente vorstellbar, die sich bezüglich der Einbeziehung weiterer Einkunftsarten bei der Anspruchsberechtigung unterscheiden. Zum einen könnte die Höhe eines möglichen Aufstockungsbetrages davon abhängen, ob mit dem Konzept eine „echte“ Mindestrente von 800 € erreicht werden soll, d.h. also nur die eigene und abgeleitete Rente aufgestockt werden soll, und demnach weitere Einkünfte nicht berücksichtigt werden. Alternativ würde ein Aufstockungsbetrag nur dann gewährt, wenn neben eigenen und abgeleiteten Renten auch weitere Einkünfte wie Kapitalerträge etc. nicht das angestrebte Mindestsicherungsniveau von 800 € pro Monat erreichen.

Im ersten Fall beträgt die Höhe des Aufstockungsbedarfs 16,7 Mrd. € pro Jahr. Rechnet man die für die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) hinzukommenden Beiträge hinzu, dann ergibt sich ein Aufstockungsbedarf von 17,90 Mrd. €. Im zweiten Fall, also unter Berücksichti-

gung weiterer Einkunftsarten, sind 13,2 Mrd. € zu leisten, allerdings werden in diesem Fall vor der Aufstockung Transfers, die nur auf Grund vorliegender Bedürftigkeit gezahlt werden – wie zum Beispiel das ALG II, Sozialhilfe, etc. –, von den Bruttoeinkünften abgezogen.

Der größte Teil des Aufstockungsbetrages (12,5 Mrd. € in Variante 1 bzw. 10,0 Mrd. € in Variante 2) ist an Personen in Ehe-/Paar-Haushalten zu zahlen, obwohl das ausgewiesene Nettoeinkommen pro Kopf, nach einer haushaltsinternen Umverteilung, den Betrag von 800 € übersteigt. Der Aspekt der haushaltsinternen Umverteilung wird bei der vorliegenden Analyse aber vernachlässigt, da das Ziel des universellen Alterssicherungssystems mit Mindestrente eine individuelle Alterssicherung ist und damit unabhängig von der Familien- und/oder Haushaltskonstellation sein soll. Insbesondere Ehe-/Frauen weisen aber häufig aufgrund des in diesen Generationen vorherrschenden Male-breadwinner-Modell keine oder nur geringe eigene Rentenanwartschaften aufgrund von Kindererziehung und längeren Phasen von Hausarbeit auf, die so zu einem vergleichsweise hohen Aufstockungsbetrag führen, um eine Mindestrente in Höhe von 800 € pro Monat zu erzielen.

Bei Einpersonenhaushalten fällt der Aufstockungsbetrag zwar relativ etwas geringer aus, dies ist aber nach dem derzeit geltenden Recht vor allem der Hinterbliebenenversorgung geschuldet. Die Hinterbliebenenrenten machen bei den Personen mit einem Aufstockungsbedarf rund 26% des gesamten Bruttoeinkommens aus. Diese Ansprüche werden im Fall eines universellen Alterssicherungssystems durch selbst erworbene Renten ersetzt. Der Aufstockungsbetrag dürfte dann entfallen oder entsprechend niedriger ausfallen.

Tabelle 1: Individuelle Bruttoeinkommen von Personen im Alter von 65 Jahren und mehr Jahren

Bruttoeinkommen In Euro / Monat	eigene Altersrenten			abgeleitete Altersrenten			weitere Einkünfte						Hochgerechnete Zahl der Personen		
	GRV (+GUV+ Kriegsopfer- sorgung)	Betriebsrenten (inkl. VBL)	Pensionen	Private Renten	GRV (+GUV+ Kriegsopfer- sorgung)	Betriebsrenten (inkl. VBL)	Pensionen	Private Renten	staatliche Transfers*	Mindestsicherung (Wohn- geld, HLU, HBL, Grundsicherung im Alter, ALG II)	individuelle Erwerbseinkommen	Kapitaleinkünfte (inkl. Vermietung & Verpachtung)		private Transfers (inkl. gesetzl. Unterhalt- szahlungen)	Bruttoeinkünfte insgesamt
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	978
1 < 400	164	0	0	2	4	0	3	9	6	4	35	0	0	226	871
400 – 450	307	1	0	1	24	0	0	4	29	8	47	4	4	423	822
451 – 500	354	11	0	19	33	0	0	7	3	17	32	0	0	475	855
501 – 550	335	2	1	51	4	0	1	6	16	14	76	20	524	949	
551 – 600	416	3	0	2	51	0	0	15	7	46	35	0	575	840	
601 – 650	428	21	0	7	67	11	0	11	15	16	40	1	622	812	
651 – 700	529	0	0	5	86	0	0	5	6	15	32	0	680	769	
701 – 750	515	3	0	21	95	2	12	8	31	1	29	2	722	857	
751 – 800	546	3	0	14	115	0	0	8	19	12	47	12	777	832	
801 +	925	136	208	25	163	10	24	4	20	5	180	5	1811	1444	
Total	785	103	156	21	135	8	19	4	17	7	82	145	4	1487	1296
Nachrichtlich: Insgesamt, Personen mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 800 € / Monat															
3.594.584															

* Staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohnrentenförderung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Bafoeg.

GRV = Gesetzliche Rentenversicherung

GUV = Gesetzliche Unfallversicherung

VBL = Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

HLU = Hilfe zum Lebensunterhalt

HBL = Hilfe in besonderen Lebenslagen

ALG II = Arbeitslosengeld II

Quelle: SOEP

Tabelle 1a: darunter nur Einpersonen-Haushalte

Bruttoeinkommen In Euro / Monat	eigene Altersrenten			abgeleitete Altersrenten			weitere Einkünfte						Hochgerechnete Zahl der Personen		
	GRV (+GUV+ Kriegsopfer- sorgung)	Betriebsrenten (inkl. VBL)	Pensionen	Private Renten	GRV (+GUV+ Kriegsopfer- sorgung)	Betriebsrenten (inkl. VBL)	Pensionen	Private Renten	staatliche Transfers*	Mindestsicherung (Wohn- geld, HLU, HBL, Grundsi- cherung im Alter, ALG II)	individuelle Erwerbseinkommen	Kapitaleinkünfte (inkl. Vermie- tung & Verpach- tung)		private Transfers (inkl. gesetzl. Unter- haltszah- lungen)	Bruttoeinkünfte insgesamt
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 < 400	130	0	0	0	76	0	54	0	0	0	49	24	0	332	332
400 – 450	290	0	0	0	28	0	0	0	76	13	13	14	0	421	414
451 – 500	219	0	0	67	94	0	0	0	13	85	2	2	0	479	467
501 – 550	125	0	0	163	19	0	0	0	51	0	18	129	0	505	501
551 – 600	378	0	0	0	176	0	0	0	0	0	18	0	0	572	546
601 – 650	388	0	0	0	123	29	31	0	38	0	13	4	4	625	594
651 – 700	517	1	0	0	145	0	0	0	9	1	9	0	0	682	640
701 – 750	366	0	0	24	214	6	30	0	58	0	20	5	5	724	699
751 – 800	487	0	0	0	212	0	0	0	29	22	9	20	20	779	737
801 +	727	81	194	12	346	22	51	10	4	90	151	11	11	1720	1565
Total	670	67	160	12	313	19	43	9	18	9	76	127	11	1535	1402
Nachrichtlich: Insgesamt, Personen mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 800 € / Monat															
942.540															

* Staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Batog.

GRV = Gesetzliche Rentenversicherung

GUV = Gesetzliche Unfallversicherung

VBL = Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

HLU = Hilfe zum Lebensunterhalt

HBL = Hilfe in besonderen Lebenslagen

ALG II = Arbeitslosengeld II

Quelle: SOEP

Tabelle 1b: **darunter nur Ehe- /Paar-Haushalte**

Bruttoeinkommen In Euro / Monat	eigene Altersrenten			abgeleitete Altersrenten			weitere Einkünfte					HH- Netto- einkom- men pro erwach- sene Person	Hochge- rechnete Zahl der Per- sonen			
	GRV (+GUV+ Kriegs- opfer- sorgung)	Betriebs- renten (inkl. VBL)	Pensio- nen	Private Renten	GRV (+GUV+ Kriegs- opfer- sorgung)	Betriebs- renten (inkl. VBL)	Pensio- nen	Private Renten	staatliche Trans- fers*	Mindest- sicherung (Wohn- geld, HLU, HBL, Grundsi- cherung im Alter, ALG II)	individuelle Erwerbs- einkom- men			Kapital- einkünfte (inkl. Vermie- tung & Verpach- tung)	private Transfers (inkl. gesetzl. Unter- haltszah- lungen)	Brutto- einkünfte insge- samt
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	971	19.554
1<400	169	0	0	1	0	0	0	5	5	2	37	0	0	220	905	917.813
400-450	311	2	0	1	23	0	0	6	5	5	66	6	6	424	1033	110.816
451-500	382	14	0	6	28	0	0	6	1	3	35	0	0	475	939	181.379
501-550	380	1	1	33	1	0	1	5	9	18	79	0	0	528	1031	189.185
551-600	455	5	0	3	8	0	0	16	4	45	41	0	0	577	936	193.394
601-650	470	36	0	13	0	0	0	9	2	28	63	0	0	621	961	193.745
651-700	546	0	0	14	1	0	0	13	0	37	66	0	0	677	953	135.282
701-750	620	5	0	20	10	0	3	13	13	1	36	0	0	721	966	270.212
751-800	609	7	0	30	15	0	0	16	7	4	82	6	6	776	945	190.460
801+	1074	183	216	33	30	2	3	16	4	112	211	1	1	1886	1376	5.855.194
Total	867	131	153	26	23	2	0	14	4	83	164	1	1	1470	1250	8.257.034

Nachrichtlich: Insgesamt, Personen mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 800 € / Monat

* Staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Bafoeg.

GRV = Gesetzliche Rentenversicherung

GUV = Gesetzliche Unfallversicherung

VBL = Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

HLU = Hilfe zum Lebensunterhalt

HBL = Hilfe in besonderen Lebenslagen

ALG II = Arbeitslosengeld II

Quelle: SOEP

Tabelle 1c: darunter nur sonstige Haushalte (3 u. m. Personen)

Bruttoeinkommen In Euro / Monat	eigene Altersrenten			abgeleitete Altersrenten			weitere Einkünfte						Hochgerechnete Zahl der Personen			
	GRV (+GUV+ Kriegsopfer- sorgung)	Betriebsrenten (inkl. VBL)	Pensionen	Private Renten	GRV (+GUV+ Kriegsopfer- sorgung)	Betriebsrenten (inkl. VBL)	Pensionen	Private Renten	staatliche Transfers*	Grundicherung im Alter; ALG II)	individuelle Erwerbseinkommen	Kapitaleinkünfte (inkl. Vermietung & Verpachtung)		private Transfers (inkl. gesetzl. Unterhaltzahlungen)	Bruttoeinkünfte insgesamt	HH-Nettoeinkommen pro erwachsene Person
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1029	2.740
1 < 400	143	0	0	7	0	0	0	46	12	0	0	19	0	227	847	100.255
400 – 450	409	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10	0	420	819	4.946
451 – 500	305	0	0	51	0	0	0	18	11	45	37	0	0	467	679	26.446
501 – 550	288	17	0	0	0	0	0	31	16	0	180	0	0	531	1020	15.891
551 – 600	182	0	0	0	125	0	0	43	45	151	21	0	0	567	715	24.121
601 – 650	339	15	0	0	235	0	0	5	2	7	14	0	0	617	807	33.209
651 – 700	590	0	0	0	0	0	0	0	19	0	64	0	0	674	1020	6.733
701 – 750	575	12	0	0	81	0	0	26	0	0	29	0	0	723	971	11.536
751 – 800	505	0	0	0	165	0	0	9	27	0	66	0	0	772	674	24.327
801 +	974	92	252	40	53	1	29	51	22	184	73	0	0	1770	1112	465.983
Total	728	61	164	29	56	1	19	43	20	127	60	0	1307	1009	716.187	250.204

* Staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohnneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Batofog.

GRV = Gesetzliche Rentenversicherung

GUV = Gesetzliche Unfallversicherung

VBL = Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

HLU = Hilfe zum Lebensunterhalt

HBL = Hilfe in besonderen Lebenslagen

ALG II = Arbeitslosengeld II

Quelle: SOEP

Nachrichtlich: Insgesamt, Personen mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 800 € / Monat

5.2 Beitragszahlung

Bestandteil der Überlegungen war, die Zahlung einer Mindestrente in ein universelles Alterssicherungsmodell zu integrieren, damit alle Personen im Alter oder bei Invalidität auch Anspruch auf eine Mindestabsicherung haben. Dies bedeutet, dass die gesamte Wohnbevölkerung nicht nur zum Kreis der Anspruchsberechtigten, sondern auch zum Kreis der Finanziers zählt. Ebenfalls in die Überlegungen einzubeziehen war, dass die bisher bestehenden Äquivalenzbeziehungen zwischen Beitragszahlung und Anspruch weitestgehend bestehen bleiben sollten, also keine rein steuerfinanzierte Grundsicherung getrennt von einer beitragsfinanzierten Absicherung angestrebt werden soll.

Auf der Basis dieser Grundüberlegungen wird in diesem Modell unterstellt, dass jede Person ab dem 18. Lebensjahr einen Beitrag in Höhe des jeweils geltenden Beitragssatzes von seinem individuellen Erwerbseinkommen zu zahlen hat. Wenn sich bei der Rentenbeantragung herausstellt, dass die anzurechnenden Zeiten nicht ausreichen, um eine Rente in Höhe des angestrebten Betrages von (Basis: 2006) 800 € pro Monat zu erreichen, dann werden die individuellen Beiträge vom Bund soweit aufgestockt, dass die Mindestrentenhöhe erreicht wird. Auf der Basis der gegenwärtig geltenden aktuellen Rentenwerte ist ein Monatsbeitrag von ca. 300 € pro Monat nötig, um eine Rente von 800 € pro Monat zu erzielen. Da weiterhin von einer paritätischen Finanzierung ausgegangen wird, beträgt der individuelle Mindestbeitrag somit 150 € pro Monat.

Die bislang vom Bund gezahlten Beiträge für Kindererziehungszeiten werden weiter gezahlt und nicht auf den Mindestbeitrag angerechnet. Eine Anrechnung würde dazu führen, dass Mütter gegenüber Frauen ohne Kinder keine Besserstellung erfahren.

Aus den SOEP-Daten wurden für die Bevölkerung der 17- bis 65-Jährigen die individuellen Einkommen sowohl der Art als auch der Höhe nach ermittelt. Auf der Basis der individuellen Erwerbseinkommen wurden mit dem 2006 geltenden Arbeitnehmer-Beitragssatz von 9,75 % die

Höhe der zu leistenden Beiträge ermittelt. Dabei wurden die Einkommen ohne Begrenzung erfasst, da unterstellt wurde, dass die bislang existierende Beitragsbemessungsgrenze entfällt. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Beitragseinnahmen in der obersten Einkommensklasse (9.000 € und mehr pro Monat) untererfasst werden. Das Beitragsaufkommen beläuft sich für den Arbeitnehmeranteil auf 113,82 Mrd. € pro Jahr (Tabelle 2).

Zusätzlich erfasst wurde der Aufstockungsbedarf für die Personen, deren Beitragsleistung kleiner ist als die für die Mindestrente notwendige Höhe von 150 €. Müsstem die Beiträge auf diesen Mindestbeitrag aufgestockt werden, dann wäre allein für den Arbeitnehmeranteil ein Beitragsvolumen von 32,7 Mrd. € notwendig.

Erfasst wurden knapp 51 Mill. Personen im Alter von 17 bis 65. Für 27 Mill. von ihnen wäre eine Aufstockung der Beiträge notwendig. Bei verheirateten Personen sind ein Drittel der Personen, vor allem Ehefrauen, betroffen, bei den unverheirateten müsste für 18 von 29 Mill., d.h. für mehr als 60%, eine Aufstockung der Beiträge erfolgen. Allerdings immer nur dann, wenn in den Folgejahren nicht ausreichende Ansprüche aufgebaut werden. Davon kann man aber gerade bei Jugendlichen, die noch in der Ausbildung sind, ausgehen. Von den 10 Mill. Ehepaaren sind in 7 Mill. Fällen die Ehefrau von einer Beitragsaufstockung betroffen, wenn das jeweilige individuelle Erwerbseinkommen zur Basis genommen wird. Allerdings wird für nahezu alle Ehepaare über eine interne Umverteilung ein Pro-Kopf-Nettoeinkommen von über 1.000 € pro Monat ausgewiesen. Will man in diesen Fällen die Individualität aufgeben und dem Ehepaar eine Beitragspflicht für beide Partner auferlegen, dann würde die Zahl der Betroffenen um gut 7 Mill. Personen geringer sein und das Volumen der Beitragsaufstockung um 28%, d.h. um 9,2 Mrd. € sinken.

Die hier ausgewiesenen Euro-Beträge als Beitragsaufstockung gelten nur für den Fall, dass in allen weiteren Lebensjahren keine höheren Beiträge gezahlt werden. Die Analyse der gegenwärtigen Rentenzahlungen hat ergeben, dass nur ein

Betrag in Höhe von 18,5 Mrd. € nötig ist, die Renten auf den Mindestbetrag von 800 € aufzustocken, d.h. offensichtlich bleibt nur ein Teil dieses Personenkreises dauerhaft in der Phase, in der eine Beitragsaufstockung zum Erreichen der Mindestrente notwendig ist. Daher wird im Folgenden von einem Aufstockungsbedarf für Personen im Alter von mehr als 65 Jahren dieser Höhe ausgegangen.

Aus den SOEP Daten können Frührentner, d.h. Rentner die jünger als 65 Jahre sind, nicht eindeutig identifiziert werden. Daher wurde versucht, diesen Personenkreis der Frührentner mit Hilfe von 3 Indikatoren zu identifizieren: eigener Rentenbezug, Schwerbehinderung und geringe (unter 600 €) Erwerbseinkünfte. Dieser Personenkreis leistete einerseits keine Beiträge und andererseits wurden die Renten auf 800 € aufgestockt. Rein rechnerisch ergibt sich für diesen Personenkreis ein Aufstockungsbedarf von 7,66 Mrd. € (einschließlich des KVdR-Beitrages). Dies scheint uns im Vergleich zu dem oben errechneten Betrag für die Personen oberhalb von 65 Jahren hoch. Da wir aber keine anderen Belege für eine Abschätzung haben, gehen wir im Folgenden von diesem Betrag aus. Insgesamt ergibt sich somit für Ältere, Rentner und Frührentner zusammen ein Aufstockungsbedarf von 25,6 Mrd. € (17,90 Mrd. € plus 7,66 Mrd. €). Die Personen, die nicht den Kriterien eines Rentenbezuges unterliegen, werden zum Kreis der Erwerbstätigen gezählt. Ihre Beitragsleistung ist in den oben angegebenen 113,8 Mrd. € an Beiträgen enthalten.

Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Beiträge wurden die individuellen Erwerbseinkommen gewählt. Gegen eine Hinzu-

rechnung der Kapitaleinkünfte in die Bemessungsgrundlage spricht, dass mit einer Verbeitragung der Kapitaleinkünfte die zukünftigen Alterseinkünfte geschmälert werden. Vor allem dann, wenn diese mit dem vollen Beitragssatz belegt werden. Eine Alternativrechnung mit Einbeziehung der Kapitaleinkünfte ergibt ein um 2 Mrd. € höheres Beitragsvolumen der Versicherten, bei einem Beitragssatz von 9,75%. Bei einer Belastung mit dem vollen Beitragssatz ergäben sich damit 4 Mrd. €. Wird statt der hier verwendeten SOEP Daten auf die in der VGR ausgewiesenen Vermögenserträge der privaten Haushalte zurückgegriffen, dann ergibt sich ein Beitragsaufkommen, das etwa doppelt so hoch ist. Hierbei muss aber angemerkt werden, dass in der VGR auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten sind. Zudem werden in der VGR periodengerecht auch Zinserträge auf Versicherungen dem privaten Sektor zugeschlagen, obwohl diese i.d.R. reinvestiert werden und erst bei Auszahlung der Versicherungsleistung als Einkommen bei den privaten Haushalten gezahlt werden. Aus diesen Gründen ist nur von einem geringfügig höher zu erwartenden Beitragsaufkommen als im SOEP ausgewiesen auszugehen.

Die folgende Tabelle gibt die Struktur der Einnahmen der universellen Rentenversicherung für den Status quo und den Modellstatus wieder. Für den Status quo wurden die beiden Jahre 2006 und 2007 dargestellt, weil im Jahr 2006 Sondermaßnahmen wirksam waren, die die Einnahmentwicklung gegenüber anderen Jahren verzerrten. Hier wurden die Sondereffekte herausgerechnet, damit passen sich die Einnahmen in die Entwicklung ein.

Tabelle 2: **Einnahmen der Rentenversicherung (in Mrd. €)**

	2007	2006	Modell
Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber	152.832	143.860	227.640
Beiträge für Kindererziehung	11.548	11.393	11.393
Allgemeiner Bundeszuschuss	38.080	37.446	37.446
Zusätzlicher Bundeszuschuss	17.864	17.463	17.463
Bundeszuschuss an die KnV	6.273	6.449	6.449
Aufstockungsbeitrag für Mindestsicherung der versicherten Bevölkerung			25.560
Sonstige Beiträge	10.346	16.292	11.800
Sonstige Einnahmen	1.346	1.196	1.200
Gesamteinnahmen	238.289	234.099	338.950

6. Gesamtbetrachtung

Die Einbeziehung aller Personen in die Beitragspflicht erhöht die Einnahmen der Rentenversicherung um gut 105 Mrd. € pro Jahr. Diesen Mehreinnahmen stehen allerdings auch Mehrausgaben gegenüber. Rund 25 Mrd. € (Tabelle 2) sind notwendig, um die angestrebte Mindestsicherung zu begleichen. Die Ausweitung des Personenkreises und der Bemessungsgrundlage (Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze) auf der Einnahmeseite hat auch Konsequenzen für die Ausgabenseite.

Die Auswertung der SOEP Daten ergibt, dass ca. 3,1 Mill. Personen Erwerbseinkommen erzielen, die oberhalb der im Jahr 2006 geltenden Beitragsbemessungsgrenze liegen. Da angedacht war, die Äquivalenz von Leistung und Rentenanspruch für diesen Personenkreis aufzulösen, wurde für diese Versicherten pauschal eine Erhöhung der bisherigen Maximalrente um 50% (1.175 € pro Monat) unterstellt. Dies verursacht Kosten in Höhe von ca. 22,2 Mrd. € pro Jahr (Tabelle 3).

Die Einbeziehung aller Personen in den Versichertenkreis hat zur Konsequenz, dass auch die Beamten und die Selbstständigen einen Beitrag zahlen müssen und einen Rentenanspruch erwerben. Für die Bewertung des möglichen Rentenanspruchs der Beamten wurden die gegenwärtigen Pensionszahlungen herangezogen. Im Jahr 2006 wurden 43,52 Mrd. € als Pension ausgezahlt. Teilt man die Pensionszahlungen auf in einen „Rentenanspruch“ analog zu den allgemeinen Arbeitnehmern und in einen „Betriebsrentenanspruch“ im Verhältnis 60:40, dann sind als allgemeine Renten für die ehemaligen Beamten 26,1 Mrd. € aus den Beitragseinnahmen zu zahlen. Den entsprechenden „Betriebsrentenanspruch“ in Anlehnung an die VBL bei Angestellten des öffentlichen Dienstes werden weiterhin aus dem laufenden Staatshaushalt geleistet.

Die potenziellen Rentenansprüche der Selbstständigen zu beziffern ist schwierig. Selbstständige verfügen in der Regel über Ansprüche aus der Rentenversicherung aus ihrer „Vorselbststän-

Tabelle 3: **Ausgaben Rentenversicherung (in Mrd. €)**

	2006	Modell
Renten Status quo	212,42	212,42
KVdR	13,88	13,88
Sonstiges	9,24	9,24
Aufstockung Mindestrente	–	16,73
Aufstockung Frührenten	–	7,16
KVdR für Mindestrenten	–	1,79
Rente für Beamte	–	26,10
Rente für Selbstständige	–	15,00
Aufhebung der BBG	–	22,00
Wegfall der Witwer/n Rente	–	- 35,00
Insgesamt	235,54	289,32

digenzeit“. Entweder bleiben sie als freiwillig Versicherte auch nach ihrer Pflichtbeitragszeit in der Rentenversicherung, wechseln in berufsständische Versorgungswerke oder sind in keiner Weise versichert. Ältere Selbstständige mit geringen Ansprüchen (unter 800 €) sind auch unter der Personengruppe, die eine Aufstockung erfahren. Bei den jüngeren Selbstständigen nehmen wir an, dass 1 Mill. von ihnen Neumitglieder werden und somit Ansprüche aus der Rentenversicherung geltend machen können – nicht gegenwärtig, aber später. Bei einem durchschnittlichen Rentenpunkt von 1,2 pro Jahr sind somit 15 Mrd. € an diese Personengruppe zu leisten.

Die Neukonstruktion der Rentenansprüche hat aber auch Einsparungen zur Folge. Neben den Ausgaben für die Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte, die eingespart werden können, da die Mindestrente die Absicherungsfunktion übernimmt (3,2 Mrd. €), ist vor allem an den Ausgabenblock für die Hinterbliebenen zu denken. Im Jahr 2006 wurden ca. 35 Mrd. € für Hinterbliebenenrenten ausgezahlt, vor allem Witwenrenten. Mit der Zuerkennung einer eigenen Mindestrente wird sich die Höhe der auszahlenden Witwen/r-Rente wegen der Anrechnung weiterer Einkommen erheblich reduzieren. Solche Einsparungen können aber erst verzögert wirken, da den Frauen/Witwen ein Vertrauensschutz während der Übergangszeit zuzubilligen ist. Eine relativ kurzzeitige Einsparung in Höhe von 15 bis 20 Mrd. dürfte keine zu optimistische Schätzung sein.

Ein weiterer Vorteil dieses Modells besteht darin, dass die gesamte erwachsene Bevölkerung durch die quasi Pflichtmitgliedschaft in der GRV auch einen Anspruch auf eine Erwerbsunfähigkeitsrente erwerben würde. Insbesondere Selbstständige, aber auch bislang nicht versicherte erwerbslose Verheiratete, würden hiermit einen zusätzlichen Schutz erlangen.

Insgesamt ergibt sich durch die Umstellung auf ein universelles Alterssicherungssystem eine erhebliche Umstrukturierung auf der Finanzierungsseite. Der Bund hat ca. 26 Mrd. € für die Mindestsicherung aufzubringen (hierbei muss aber auch bedacht werden, dass die Ansprüche der Beamten an eine vergleichbare Betriebsrente

z.B. als VBL auch vom Staat mitzufinanzieren wäre). Die Ausweitung des Personenkreises und der Bemessungsgrundlage führt zu 84 Mrd. € Beitragsmehreinnahmen.

Nach Gegenrechnung der zusätzlichen Ausgaben und der sich ergebenden Einsparungen bleiben mittelfristig Mehreinnahmen in Höhe (je nach dem Einsparpotenzial bei der Hinterbliebenenrente) von 40 bis 50 Mrd. €. Dieses Einsparpotenzial könnte für eine Senkung der Beitragssätze um ca. 4 bis 5 Prozentpunkte genutzt werden.

Alternativ zu einer Senkung des Beitragssatzes in der GRV könnten die Mindestsicherungsleistungen auch innerhalb des GRV-Systems durch die Beiträge der Versicherten finanziert werden. Es ist daher eine politische Frage, ob diese Transferleistung über das Steuersystem oder innerhalb des Sozialversicherungssystems umverteilt wird. Da durch die neu zu gestaltende GRV die gesamte erwachsene Wohnbevölkerung versichert wäre, würde eine höhere Verteilungsgerechtigkeit gegenüber dem Status Quo auch durch eine systeminterne Umverteilung erzielt. Allerdings würde sich in diesem Fall der Spielraum für eine Beitragssatzsenkung auf ca. 2–3 Prozentpunkte verringern.

Würde die Mindestsicherungsleistung über das Steuersystem finanziert, hätte dies zur Folge, dass parallel zu einer Senkung des Beitragssatzes auch der Mindestbeitrag sinken würde. Bei einer Senkung um ca. 4 Beitragssätze könnte der Mindestbeitrag auf ca. 250 Euro gesenkt werden. Der entsprechende Mehrbedarf müsste dann über einen geänderten Einkommensteuertarif oder über indirekte Steuern finanziert werden. Insgesamt werden damit die Versicherten auf der Beitragsebene proportional entlastet und durch Steuern progressiv zum Einkommen belastet. Wenn eine Grundsicherung zum sozialen Verständnis einer Gesellschaft zählt, dann ist eine Finanzierung über eine Steuer im Rahmen der Umverteilung adäquater als eine in weiten Teilen proportionale „Versicherungsfinanzierung“.

Neben der gesamtwirtschaftlich vorteilhaften Wirkung eines abgesenkten Beitragssatzes in einem universellen Alterssicherungssystem insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsmarkt-

wirkungen sind aber auch zentrale Übergangsprobleme zu nennen. Neben den allgemein immer wieder aufgeführten verfassungsrechtlichen Bedenken eines Einbezugs von Beamten in eine universelle Alterssicherung, kommt es durch die Einbeziehung von Selbständigen und Freiberuflern zu einer faktischen Auflösung bisheriger Sondersysteme der berufsständischen Versorgungswerke. Die bisher erworbenen Anwartschaften (Beamtenpensionen bzw. berufsständische Versorgung) unterliegen zum Teil verfassungsrechtlichen Schutz. Ein zentrales Problem ist daher die Überführung dieser Sondersysteme in eine neue Welt der universellen Alterssicherung.

Ein wesentlicher Kritikpunkt gegen dieses hier vorgeschlagene Modell einer universellen Rentenversicherung mit Mindestsicherung besteht in der Beitragsbelastung zwischen verheirateten und unverheirateten Personen. Durch die Individualisierung der Beitragszahlung können bei bestimmten Haushaltskonstellationen auf den ersten Blick gesamtgesellschaftlich „unfaire“ Beitragslasten entstehen. Bei einem Ehepaar, bei dem eine Person dauerhaft keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, wird die Mindestsicherung vollständig vom Staat oder der Versichertengemeinschaft getragen. Solange der andere Ehepartner über nur geringe oder durchschnittliche Einkommen verfügt, ist damit dem Kernziel des Modells, der Verhinderung von Altersarmut, Folge geleistet. Verfügt der andere Ehepartner aber über ein weit überdurchschnittliches Einkommen, so ist der gesamte Haushalt nicht notwendigerweise im Alter von Armut betroffen – ein sozialer Ausgleich durch die Mindestsicherung daher nicht notwendig. Dem steht aber der überproportionale Finanzierungsbeitrag des Ehepartners mit dem überdurchschnittlichen Einkommen gegenüber, d. h. der erwerbstätige Ehepartner stellt ein Nettoszahler für die GRV dar und leistet damit implizit einen Beitrag auch für einen nichterwerbstätigen Ehepartner.

Dem Problem der unterschiedlichen Beitragsbelastung von ledigen und verheirateten

Personen könnte z. B. durch ein Splitting des Einkommens innerhalb eines Ehepaares gelöst werden. Die Höhe des Beitrags zur GRV würde sich dementsprechend an dem gesplitteten Einkommen orientieren. Alternativ könnte auch der nach dem BGB geltende Unterhaltsanspruch für Ehepartner als Einkommen bei nichterwerbstätigen Verheirateten als Bemessungsgrundlage für den Mindestbeitrag zur GRV herangezogen werden. Um eine höhere Beitragsgerechtigkeit zu erzielen, wäre es alternativ aber auch denkbar, das Modell des steuerlichen Ehegattensplittings aufzuheben und durch eine individuelle Besteuerung zu ersetzen. Hiermit würde der erwerbstätige Ehepartner stärker zur Finanzierung des Gesamtsystems herangezogen.

Neben der Finanzierungsseite besteht aber auch ein Gerechtigkeitsproblem auf der Ausgabenseite. Mit einer hier unterstellten Mindestrente von 800 Euro pro Monat kann Altersarmut bei einem Einpersonenhaushalt vermieden werden. Leben zwei ältere Menschen mit Anspruch auf eine Mindestrente zusammen, so beliefe sich deren Haushaltsreinkommen entsprechend auf 1.600 Euro (2 x 800 Euro). Es bestehen aber Skaleneffekte durch das Zusammenleben von Personen in einem Haushalt. Diese Skaleneffekte werden z. B. bei der Bedarfsmessung bei der Grundsicherung im Alter berücksichtigt, d. h. die Grundsicherungsleistung sinkt mit zunehmender Haushaltsgröße. Es ist daher zu fragen, inwiefern es gerechtfertigt ist, auch zusammenlebenden älteren Menschen die volle Mindestrente in Höhe von 800 Euro pro Person zu gewähren, oder ob bestehende Skaleneffekte berücksichtigt werden sollen, die zu einer reduzierten Mindestrente führen würden.

Insgesamt muss bei diesen Simulationsrechnungen nochmals auf die statische Berechnungsweise hingewiesen werden. Sowohl Verhaltensreaktionen der betroffenen Personen als auch die Problematik des Übergangs des bisherigen Systems in ein universelles Alterssicherungssystem sind nur näherungsweise abschätzbar.

Tabelle 4: **Individuelles Bruttoeinkommen von Personen im Alter bis zu 65 Jahren***

Brutto- einkommen in Euro/ Monat	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	678	177.471
1<400	2	0	0	0	1	0	0	0	91	32	46	23	2	196	173	1016	8.451.247
400–450	14	1	0	0	3	0	0	0	116	74	169	34	9	421	387	1064	1.040.852
451–500	34	0	0	0	10	0	0	0	116	73	208	23	13	477	454	1059	935.986
501–550	40	0	0	0	3	0	0	0	104	77	246	30	27	527	497	986	993.954
551–600	27	3	0	0	2	0	1	0	126	137	224	33	23	575	542	879	951.271
601–650	58	0	0	0	6	0	1	1	141	112	238	31	33	622	591	980	906.614
651–700	42	0	0	0	7	0	4	0	141	154	260	31	33	673	642	1034	910.745
701–750	73	0	0	1	5	0	3	0	99	141	269	63	70	724	661	1014	800.167
751–800	92	0	0	0	4	0	1	0	135	113	339	26	65	775	749	976	783.594
800–850	73	2	0	0	11	0	0	0	101	138	432	35	32	824	789	1072	677.321
850–900	77	3	0	0	18	1	0	0	106	133	408	38	90	873	835	1067	590.401
900–950	78	3	0	5	10	1	0	0	100	150	479	64	35	924	860	1129	616.479
950–1000	226	0	0	18	6	0	2	0	92	88	458	50	33	974	924	1002	605.398
1000–1050	161	2	0	2	19	1	0	0	104	88	571	50	25	1023	973	1209	597.634
1050–1100	74	7	0	5	34	3	4	0	104	154	635	32	24	1076	1044	1141	572.706
1100–1150	112	4	0	5	12	0	9	0	72	84	779	43	2	1122	1079	1108	542.091
1150–1200	97	9	0	0	23	0	0	20	89	62	798	55	24	1176	1121	1260	640.695
1200–1250	109	6	0	2	16	9	4	1	86	40	880	40	28	1224	1184	1222	652.005
1250–1300	130	8	0	0	60	0	0	0	62	54	875	51	34	1273	1222	1211	578.310
1300–1350	61	1	13	0	20	4	0	0	98	130	913	44	40	1325	1281	1308	564.990
1350–1400	112	26	12	2	20	0	0	0	91	52	1017	30	13	1374	1344	1181	536.004
1400–1450	52	13	10	3	21	0	0	2	109	107	1058	27	19	1422	1395	1176	660.622
1450–1500	103	16	101	0	23	13	0	0	71	46	1053	35	13	1472	1437	1260	713.542
1500–1600	19	2	8	3	20	1	19	0	111	54	1230	55	29	1551	1496	1252	1.088.018
1600–1700	49	7	58	9	11	1	7	0	74	49	1317	46	23	1652	1606	1355	980.375
1700–1800	94	7	15	0	28	7	0	0	80	134	1332	35	16	1748	1713	1313	1.042.825
1800–1900	69	7	12	0	21	0	0	0	69	55	1564	38	10	1845	1807	1433	1.040.148
1900–2000	44	6	22	0	2	0	3	0	72	33	1678	78	14	1950	1872	1412	830.511
2000–2100	80	19	32	5	13	14	0	10	57	36	1700	75	2	2044	1969	1530	970.757
2100–2200	6	2	62	0	5	0	0	0	72	25	1905	63	15	2154	2091	1464	978.739
2200–2300	62	5	0	1	8	0	19	0	67	20	2002	53	15	2254	2201	1387	892.791
2300–2400	38	13	48	8	18	8	8	0	60	40	2048	46	21	2354	2308	1472	884.679

2400–2500	18	9	21	0	4	0	0	0	60	15	2259	65	4	2455	2390	1490	895.666
2500–2600	65	3	76	0	2	0	0	0	55	12	2252	79	1	2545	2466	1531	992.702
2600–2700	17	2	22	0	1	0	8	0	56	7	2470	57	6	2646	2589	1528	874.415
2700–2800	14	11	110	4	18	0	0	0	71	5	2428	72	15	2749	2677	1584	949.474
2800–2900	5	10	6	4	9	1	0	0	64	16	2669	58	6	2847	2789	1706	854.021
2900–3000	9	1	16	0	2	0	0	0	95	21	2665	100	38	2948	2848	1673	606.906
3000–3200	16	2	9	2	5	0	0	0	67	12	2912	57	13	3096	3039	1649	1.738.477
3200–3400	3	2	11	0	1	0	0	0	72	3	3139	68	7	3306	3238	1786	1.377.715
3400–3600	23	1	22	0	6	0	1	0	88	3	3264	89	0	3499	3410	1859	1.005.902
3600–3800	16	20	10	0	25	0	0	11	87	3	3434	85	3	3693	3608	1933	980.051
3800–4000	21	13	17	3	0	0	0	0	74	8	3582	187	0	3904	3717	2069	786.988
4000–4200	6	8	17	0	1	0	18	4	88	2	3712	94	148	4098	4004	2073	833.652
4200–4400	6	9	22	0	0	0	0	0	100	5	4017	117	18	4294	4177	2143	574.515
4400–4600	7	0	15	1	0	0	0	14	88	1	4269	94	6	4496	4402	1982	549.962
4600–4800	0	0	2	0	0	0	0	0	63	2	4472	159	0	4699	4540	2292	397.624
4800–5000	1	5	11	0	1	0	0	0	72	7	4660	143	9	4909	4766	2397	382.655
5000–5250 (BBG 2007)	20	27	0	5	10	0	0	0	66	3	4866	119	1	5118	4999	2427	508.127
5250–6000	9	18	11	4	0	0	5	0	82	17	5168	246	9	5568	5322	2506	971.397
6000–7000	6	0	11	1	0	0	11	0	108	3	6074	214	1	6429	6215	2741	808.248
7000–8000	34	59	14	5	0	2	0	0	109	2	6816	406	0	7447	7041	3328	472.017
8000–9000	6	0	0	0	1	0	0	0	90	0	7405	889	0	8392	7503	3679	298.650
9000+	34	5	0	16	0	0	0	0	106	2	12009	1877	0	14049	12172	6157	603.728
Total	39	5	14	2	8	1	2	1	88	48	1786	89	17	2102	2013	1485	50.671.834

* Ohne Personen mit Anspruch auf eine EU/BU-Rente.

1. eigene Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
2. eigene Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
3. eigene Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
4. eigene Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
5. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
6. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
7. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
8. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
9. staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Bafög
10. Mindestsicherung (Wohngeld, HLU, HBL, Grundsicherung im Alter, ALG II)
11. individuelle Erwerbseinkommen
12. Kapitaleinkünfte (inkl. Vermietung & Verpachtung)
13. private Transfers (inkl. gesetzliche Unterhaltszahlungen)
14. Bruttoeinkünfte insgesamt
15. Bruttoeinkünfte insgesamt exklusive Kapitaleinkünfte
16. Haushalts-Nettoeinkommen pro erwachsene Person
17. Hochgerechnete Zahl der Personen

Quelle: SOEP

Tabelle 4a: Individuelles Bruttoeinkommen von EU-BU-Rentnern im Alter bis zu 65 Jahren*

Brutto- einkommen in Euro/ Monat	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	907	14.777
1<400	17	0	0	0	0	0	0	0	48	67	52	20	0	204	184	813	351.201
400–450	103	0	0	0	38	0	0	0	84	82	77	20	18	422	402	863	28.749
451–500	178	0	0	0	0	0	0	0	58	119	79	8	36	479	471	842	39.419
501–550	155	0	0	0	0	0	0	0	20	157	90	16	83	522	506	713	26.340
551–600	195	1	3	0	0	0	0	0	25	242	56	60	0	581	521	777	77.469
601–650	346	0	0	0	0	0	0	0	21	181	38	17	21	625	608	819	81.731
651–700	535	0	0	0	47	0	0	0	15	27	27	22	0	674	652	898	65.272
701–750	581	0	0	52	0	0	0	0	22	56	7	12	0	730	718	850	106.706
751–800	537	0	0	6	0	0	0	0	19	165	39	8	0	774	766	790	86.874
800–850	641	0	0	0	0	0	0	0	41	61	51	21	10	826	805	870	69.998
850–900	658	0	0	40	25	2	0	0	31	106	11	6	0	879	873	800	50.778
900–950	557	0	0	51	10	0	0	26	49	41	100	80	0	913	833	1024	113.438
950–1000	764	17	0	0	20	0	0	0	59	23	69	20	0	972	952	870	72.200
1000–1050	527	26	0	33	97	0	0	0	31	33	255	20	0	1021	1001	985	75.110
1050–1100	739	14	0	27	0	0	0	0	92	86	88	21	0	1067	1046	1072	123.151
1100–1150	779	2	0	0	36	0	0	0	44	4	233	29	0	1128	1099	1164	43.253
1150–1200	670	32	0	6	0	0	0	0	36	76	335	13	0	1169	1156	990	59.280
1200–1250	712	0	44	0	93	0	0	0	21	37	305	14	0	1227	1213	928	35.622
1250–1300	596	6	38	3	9	0	0	0	89	55	446	29	0	1271	1242	927	75.399
1300–1350	780	100	0	120	142	49	0	0	33	2	53	48	0	1328	1280	1102	22.734
1350–1400	664	78	0	137	23	0	0	0	10	220	198	46	0	1377	1331	1205	31.887
1400–1450	763	18	0	0	0	0	0	0	22	0	385	136	90	1413	1277	925	21.812
1450–1500	793	22	0	0	2	0	0	0	35	120	417	42	47	1479	1437	1250	46.415
1500–1600	729	117	26	17	17	4	0	0	23	23	549	28	8	1542	1514	1253	82.516
1600–1700	800	185	4	0	99	0	0	0	10	52	434	62	0	1645	1583	1523	38.612
1700–1800	485	14	422	4	150	0	0	0	46	19	579	27	0	1746	1719	1298	49.432
1800–1900	330	6	74	0	82	27	0	16	96	4	1140	17	61	1854	1837	1411	51.113
1900–2000	526	0	81	34	6	0	0	0	25	79	1110	72	5	1937	1865	1533	34.132
2000–2100	133	14	123	0	147	0	0	0	21	37	1314	282	0	2071	1789	1479	109.105
2100–2200	162	24	134	17	74	0	0	0	11	0	1602	118	0	2142	2024	1339	39.318
2200–2300	340	5	198	0	9	0	0	0	33	11	1562	103	0	2261	2158	1269	43.007
2300–2400	80	14	0	69	0	0	0	0	27	0	2140	27	0	2356	2329	1154	126.692

2400–2500	19	21	41	0	0	0	0	0	135	1	2193	15	7	2432	2417	1174	65.640
2500–2600	0	0	349	0	0	0	0	0	38	0	2113	47	0	2547	2500	1466	69.430
2600–2700	52	28	0	0	0	0	0	0	52	5	2473	50	0	2660	2610	1514	64.056
2700–2800	137	2	169	94	0	0	0	0	55	1	2215	63	0	2737	2674	1618	63.335
2800–2900	30	0	85	0	0	0	0	0	132	0	2567	13	0	2827	2814	1534	80.112
2900–3000	75	0	310	0	0	0	0	0	99	0	2343	135	0	2961	2826	1927	54.678
3000–3200	27	0	256	0	0	0	0	0	72	13	2608	94	11	3081	2987	1991	53.513
3200–3400	0	0	231	6	0	0	0	0	21	8	2887	124	0	3277	3153	2012	54.772
3400–3600	45	0	93	0	0	0	0	0	44	42	3064	188	0	3477	3289	1732	66.874
3600–3800	0	0	0	0	0	0	0	0	52	0	3620	10	0	3682	3672	1301	12.867
3800–4000	339	0	0	0	0	0	0	0	294	132	2505	93	554	3917	3824	2253	13.935
4000–4200	100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3280	774	0	4154	3380	2607	9.130
4200–4400	0	0	122	0	0	0	0	0	3	0	4075	72	0	4272	4200	2108	46.374
4400–4600	0	0	0	0	0	0	0	0	14	0	4412	51	0	4477	4426	2030	53.456
4600–4800	0	0	0	0	0	0	614	0	0	0	3919	96	0	4629	4533	3124	6.376
4800–5000	0	0	0	0	0	0	0	0	9	0	4889	11	0	4909	4898	2358	30.039
5000–5250 (BBG 2007)	0	0	330	0	0	0	0	0	0	0	4594	145	0	5069	4924	2748	23.708
5250–6000	0	61	43	0	0	0	0	0	15	0	5255	110	0	5483	5373	2234	31.532
6000–7000	8	0	0	0	66	0	0	0	5	0	6189	304	0	6572	6268	3340	17.349
7000–8000	140	211	0	0	0	0	0	0	12	0	6433	878	0	7674	6796	4121	46.796
8000–9000	755	0	0	0	0	0	0	0	124	0	7409	32	0	8321	8289	3703	3.550
9000+	313	0	0	0	0	0	0	0	59	0	12029	3746	0	16147	12401	7708	7.070
Total	318	16	54	14	20	1	1	1	45	51	1218	75	7	1821	1746	1290	3.168.134

* Ohne Personen mit Anspruch auf eine EU/BU-Rente.

1. eigene Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
2. eigene Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
3. eigene Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
4. eigene Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
5. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
6. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
7. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
8. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
9. staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Bafög
10. Mindestsicherung (Wohngeld, HLU, HBL, Grundsicherung im Alter, ALG II)
11. individuelle Erwerbseinkommen
12. Kapitaleinkünfte (inkl. Vermietung & Verpachtung)
13. private Transfers (inkl. gesetzliche Unterhaltszahlungen)
14. Bruttoeinkünfte insgesamt
15. Bruttoeinkünfte insgesamt exklusive Kapitaleinkünfte
16. Haushalts-Nettoeinkommen pro erwachsene Person
17. Hochgerechnete Zahl der Personen

Quelle: SOEP

Tabelle 4b: **Individuelles Bruttoeinkommen von Ehefrauen im Alter bis zu 65 Jahren***

Brutto- einkommen in Euro/ Monat	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	785	38.789
1<400	3	0	0	0	0	0	0	0	106	22	35	26	1	194	168	1262	2.531.764
400–450	2	0	0	0	0	0	0	0	127	54	187	47	5	422	375	1326	305.451
451–500	72	0	0	0	0	0	0	0	102	13	265	27	1	479	452	1327	318.820
501–550	23	0	0	0	0	0	0	0	148	43	278	38	0	530	492	1300	372.999
551–600	54	0	0	0	0	0	0	0	154	26	283	44	15	576	532	1434	181.366
601–650	63	1	0	0	0	0	0	0	208	40	260	48	0	620	572	1508	267.637
651–700	63	0	0	0	0	0	0	0	191	68	315	30	4	670	640	1538	202.221
701–750	116	0	0	0	0	0	0	0	136	45	284	138	0	719	581	1553	179.357
751–800	9	0	0	0	0	0	0	0	171	84	444	65	6	779	714	1379	139.126
800–850	31	0	0	0	0	0	0	0	187	89	479	41	0	827	786	1474	190.418
850–900	20	0	0	0	0	0	0	0	143	49	544	88	29	874	786	1602	117.888
900–950	37	0	0	0	0	0	0	0	123	43	604	121	0	927	806	1579	133.965
950–1000	69	0	0	0	0	0	0	0	86	9	682	100	28	974	874	1410	106.762
1000–1050	30	0	0	0	0	0	0	0	125	70	738	64	0	1026	962	1432	166.137
1050–1100	0	0	0	0	0	0	0	0	141	77	810	29	21	1078	1049	1387	138.410
1100–1150	148	1	0	8	0	0	0	0	113	30	760	64	1	1125	1061	1291	133.273
1150–1200	77	19	0	0	0	0	0	0	140	10	853	73	0	1172	1099	1760	220.794
1200–1250	39	10	0	1	0	0	0	0	143	10	945	71	4	1225	1154	1915	156.357
1250–1300	11	13	0	1	0	0	0	0	115	9	1041	79	0	1271	1192	1656	165.125
1300–1350	0	0	0	0	0	0	0	0	149	126	1009	40	0	1325	1285	1562	152.228
1350–1400	5	69	0	0	0	0	0	0	107	59	1074	52	10	1376	1324	1822	107.465
1400–1450	0	0	42	0	0	0	0	0	104	12	1228	41	0	1427	1386	1469	157.107
1450–1500	16	0	0	0	0	0	0	0	109	10	1320	21	1	1477	1456	1582	169.742
1500–1600	15	0	8	0	0	0	0	0	141	19	1296	68	0	1548	1480	1649	217.902
1600–1700	2	0	46	0	0	0	0	0	108	16	1443	44	0	1658	1614	1620	242.437
1700–1800	46	1	4	0	0	0	0	0	123	6	1492	70	10	1753	1683	1620	206.332
1800–1900	7	0	0	1	0	0	0	0	154	16	1624	55	0	1858	1803	1742	198.500
1900–2000	28	7	0	0	0	0	0	0	122	13	1719	59	2	1950	1891	1752	182.994
2000–2100	17	0	0	0	0	0	0	0	76	64	1804	84	0	2045	1961	2086	188.387
2100–2200	0	0	0	0	0	0	0	0	112	4	1940	102	1	2159	2057	1833	221.684
2200–2300	0	0	0	0	0	0	0	0	137	1	2051	67	0	2255	2188	2019	105.451
2300–2400	0	0	21	0	0	0	0	0	61	4	2155	110	0	2351	2241	1675	145.908

2400–2500	5	0	0	0	0	0	0	0	96	35	2196	118	1	2452	2334	1968	220.857
2500–2600	14	11	0	0	0	0	0	0	130	2	2307	78	0	2542	2464	1934	132.127
2600–2700	15	0	0	0	0	0	0	0	66	0	2403	162	0	2646	2484	2016	90.884
2700–2800	0	0	0	0	0	0	0	0	50	4	2582	119	0	2755	2636	1857	150.682
2800–2900	0	0	0	0	0	0	0	0	82	5	2668	99	0	2855	2756	1998	138.329
2900–3000	25	0	50	0	0	0	0	0	116	24	2647	92	0	2955	2863	1797	93.363
3000–3200	13	0	0	0	0	0	0	0	91	3	2888	78	13	3088	3010	2003	199.898
3200–3400	0	0	0	0	0	0	0	0	92	0	3048	175	0	3314	3139	2371	168.066
3400–3600	43	0	45	0	0	0	0	0	98	4	3112	194	0	3497	3303	2626	104.470
3600–3800	44	60	0	0	0	0	0	0	66	0	3345	171	0	3687	3516	2949	105.362
3800–4000	0	0	25	0	0	0	0	0	135	2	3252	485	0	3898	3413	2910	93.039
4000–4200	0	0	0	0	0	0	0	0	81	0	3669	326	0	4076	3750	2758	52.483
4200–4400	0	0	0	0	0	0	0	0	71	5	3902	299	0	4277	3978	2895	64.330
4400–4600	0	0	0	0	0	0	0	0	78	0	4274	101	0	4453	4352	1943	88.805
4600–4800	0	0	0	0	0	0	0	0	50	0	4288	369	0	4708	4339	3165	81.785
4800–5000	0	0	0	0	0	0	0	0	41	59	4544	248	0	4892	4644	2839	44.729
5000–5250 (BBG 2007)	0	0	0	0	0	0	0	0	123	0	4921	50	0	5094	5044	2795	12.623
5250–6000	0	0	0	29	0	0	0	0	57	12	5224	253	7	5583	5330	3249	70.806
6000–7000	0	0	0	0	0	0	0	0	111	0	5825	496	0	6432	5936	3524	37.730
7000–8000	0	0	0	0	0	0	0	0	77	5	5913	1450	0	7444	5994	5537	30.481
8000–9000	0	0	0	0	0	0	0	0	71	0	2789	5664	0	8523	2859	8159	26.755
9000+	0	0	0	21	0	0	0	0	142	0	10009	2927	0	13098	10171	8786	34.644
Total	21	2	3	0	0	0	0	0	117	27	1159	102	3	1434	1332	1687	10.405.044

* Ohne Personen mit Anspruch auf eine EU/BU-Rente.

1. eigene Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
2. eigene Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
3. eigene Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
4. eigene Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
5. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
6. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
7. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
8. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus private Renten
9. staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Bafög
10. Mindestsicherung (Wohngeld, HLU, HBL, Grundsicherung im Alter, ALG II)
11. individuelle Erwerbseinkommen
12. Kapitaleinkünfte (inkl. Vermietung & Verpachtung)
13. private Transfers (inkl. gesetzliche Unterhaltszahlungen)
14. Bruttoeinkünfte insgesamt
15. Bruttoeinkünfte insgesamt exklusive Kapitaleinkünfte
16. Haushalts-Nettoeinkommen pro erwachsene Person
17. Hochgerechnete Zahl der Personen

Quelle: SOEP

Tabelle 4c: Individuelles Bruttoeinkommen des Ehepartners im Alter bis zu 65 Jahren*

Brutto- einkommen in Euro/ Monat	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0	466	0	13	0	0	0	0	0	0	0	1759	0	0	2238	2238	785	38.022
1<400	97	19	32	6	0	0	0	0	94	22	3085	26	0	3381	3355	1262	2.582.073
400–450	56	24	6	0	0	0	0	0	106	54	2967	47	0	3259	3212	1326	301.124
451–500	161	6	0	0	0	0	0	0	99	13	3169	27	0	3476	3449	1327	314.695
501–550	102	38	0	0	0	0	0	0	108	43	2714	38	0	3042	3004	1300	315.572
551–600	27	0	0	0	0	0	0	0	145	26	3137	44	0	3379	3335	1434	184.603
601–650	102	5	12	0	0	0	0	0	164	40	3257	48	0	3627	3579	1508	266.405
651–700	74	1	0	0	0	0	0	0	174	68	3004	30	19	3369	3339	1538	192.370
701–750	64	8	0	0	0	0	0	0	80	45	3271	138	0	3606	3468	1553	182.403
751–800	28	13	0	0	0	0	0	0	153	84	2743	65	0	3086	3021	1379	136.141
800–850	22	0	31	0	0	0	0	0	102	89	2809	41	0	3095	3054	1474	189.429
850–900	18	1	0	0	0	0	0	0	110	49	3475	88	0	3742	3654	1602	115.926
900–950	39	0	0	0	0	0	0	0	120	43	3316	121	0	3638	3517	1579	146.049
950–1000	285	98	0	0	0	0	0	0	74	9	2459	100	0	3025	2925	1410	109.028
1000–1050	51	14	59	0	0	0	0	0	106	70	2313	64	0	2676	2612	1432	163.209
1050–1100	45	33	0	16	0	0	0	0	89	77	2745	29	6	3040	3011	1387	142.842
1100–1150	219	40	0	0	0	0	0	0	101	30	1990	64	0	2444	2380	1291	128.476
1150–1200	117	31	0	0	0	0	0	0	124	10	3291	73	0	3645	3572	1760	219.810
1200–1250	70	0	0	20	0	0	0	0	141	10	4076	71	0	4387	4316	1915	155.006
1250–1300	33	15	29	1	0	0	0	0	99	9	3297	79	0	3563	3484	1656	168.827
1300–1350	49	33	4	0	0	0	0	0	96	126	2904	40	0	3251	3211	1562	138.498
1350–1400	23	73	0	29	0	0	0	0	86	59	3938	52	0	4260	4208	1822	113.292
1400–1450	17	0	78	0	0	0	0	0	93	12	2698	41	0	2939	2898	1469	152.997
1450–1500	8	0	5	0	0	0	0	0	84	10	3154	21	0	3281	3260	1582	163.253
1500–1600	38	0	21	0	0	0	0	0	125	19	3131	68	0	3401	3333	1649	231.393
1600–1700	10	1	26	0	0	0	0	0	98	16	3145	44	7	3348	3304	1620	237.881
1700–1800	50	0	38	1	0	0	0	0	87	6	3219	70	0	3471	3401	1620	198.606
1800–1900	14	0	0	0	0	0	0	0	128	16	3180	55	0	3392	3337	1742	189.488
1900–2000	75	12	0	0	0	0	0	0	96	13	3200	59	0	3454	3395	1752	156.952
2000–2100	6	0	28	1	0	0	0	0	76	64	4141	84	0	4400	4316	2086	197.331
2100–2200	18	0	178	0	0	0	0	0	99	4	2992	102	0	3394	3292	1833	241.422
2200–2300	6	0	0	0	0	0	0	0	137	1	3735	67	0	3946	3879	2019	100.927
2300–2400	6	0	0	0	0	0	0	0	59	4	3981	110	0	4160	4050	1675	157.215

2400–2500	34	7	0	0	0	0	0	0	78	35	3067	118	0	3338	3220	1968	217.177
2500–2600	30	0	27	0	0	0	0	0	76	2	3071	78	0	3284	3206	1934	132.704
2600–2700	34	13	49	0	0	0	0	0	66	0	3888	162	0	4212	4050	2016	96.343
2700–2800	7	0	152	0	0	0	0	0	56	4	2923	119	0	3262	3143	1857	145.460
2800–2900	0	0	0	0	0	0	0	0	79	5	3398	99	0	3581	3482	1998	120.636
2900–3000	0	0	51	0	0	0	0	0	75	24	3047	92	0	3289	3197	1797	83.793
3000–3200	8	13	155	0	0	0	0	0	86	3	3391	78	6	3740	3662	2003	216.309
3200–3400	25	1	17	0	0	0	0	0	79	0	4610	175	7	4914	4739	2371	179.058
3400–3600	0	0	0	5	0	0	0	0	98	4	4768	194	0	5070	4876	2626	90.068
3600–3800	54	113	0	0	0	0	0	0	66	0	5763	171	0	6168	5997	2949	119.129
3800–4000	22	0	176	0	0	0	0	0	135	2	4271	485	0	5091	4606	2910	92.115
4000–4200	0	0	90	0	0	0	0	0	81	0	4619	326	0	5117	4791	2758	54.164
4200–4400	42	13	0	0	0	0	0	0	71	5	6734	299	0	7165	6866	2895	60.261
4400–4600	0	0	0	0	0	0	0	0	69	0	3264	101	0	3434	3333	1943	83.321
4600–4800	208	0	0	0	0	0	0	0	50	0	4441	369	0	5068	4699	3165	77.966
4800–5000	69	0	0	0	0	0	0	0	39	59	3477	248	0	3892	3644	2839	44.352
5000–5250 (BBG 2007)	0	0	0	0	0	0	0	0	123	0	5164	50	0	5337	5287	2795	13.292
5250–6000	83	42	0	33	0	0	0	0	57	12	4882	253	0	5362	5109	3249	96.211
6000–7000	113	0	39	83	0	0	0	0	111	0	4271	496	0	5114	4618	3524	35.273
7000–8000	25	0	0	0	0	0	0	0	77	5	7400	1450	0	8956	7506	5537	31.070
8000–9000	0	0	0	0	0	0	0	0	71	0	4470	5664	0	10204	4540	8159	28.338
9000+	0	0	0	0	0	0	0	0	142	0	11454	2927	0	14522	11595	8786	33.706
Total	66	14	27	3	0	0	0	0	99	27	3303	102	1	3640	3538	1687	10.382.011

* Ohne Personen mit Anspruch auf eine EU/BU-Rente.

1. eigene Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
2. eigene Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
3. eigene Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
4. eigene Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
5. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
6. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
7. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
8. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
9. staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Bafög
10. Mindestsicherung (Wohngeld, HLU, HBL, Grundsicherung im Alter, ALG II)
11. individuelle Erwerbseinkommen
12. Kapitaleinkünfte (inkl. Vermietung & Verpachtung)
13. private Transfers (inkl. gesetzliche Unterhaltszahlungen)
14. Bruttoeinkünfte insgesamt
15. Bruttoeinkünfte insgesamt exklusive Kapitaleinkünfte
16. Haushalts-Nettoeinkommen pro erwachsene Person
17. Hochgerechnete Zahl der Personen

Quelle: SOEP

Tabelle 4d: **Individuelles Bruttoeinkommen von Unverheirateten im Alter bis zu 65 Jahren***

Brutto- einkommen in Euro/ Monat	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	642	131.410
1<400	2	0	0	0	1	0	0	0	87	33	51	23	2	199	176	911	5.557.163
400–450	17	2	0	0	5	0	1	0	114	75	165	30	11	421	391	969	698.961
451–500	16	0	0	0	16	0	0	0	128	93	180	22	20	476	454	922	568.301
501–550	53	0	0	0	5	0	0	0	77	85	234	24	46	524	500	789	566.441
551–600	19	3	0	0	2	0	1	0	123	167	201	32	26	575	543	744	726.398
601–650	37	0	0	0	9	0	2	2	117	152	230	23	51	622	599	772	565.175
651–700	24	0	0	0	10	0	6	0	134	164	256	34	44	674	640	902	651.548
701–750	57	0	0	1	7	0	4	0	94	170	248	44	100	725	681	857	562.572
751–800	79	0	0	0	6	0	2	0	133	115	334	18	86	774	756	855	580.534
800–850	93	3	0	0	17	0	0	0	69	150	402	36	52	822	786	896	423.784
850–900	88	1	0	0	23	1	0	0	100	152	372	25	110	872	847	927	451.412
900–950	85	5	0	7	15	1	0	0	95	195	418	51	51	924	873	1023	422.405
950–1000	169	0	0	26	9	0	3	0	106	109	462	47	41	973	926	926	414.946
1000–1050	191	3	0	0	30	1	0	0	101	89	521	48	38	1022	974	1148	385.511
1050–1100	81	9	0	7	51	5	6	0	96	178	579	35	29	1076	1041	1085	380.369
1100–1150	63	5	0	4	18	0	13	0	59	109	809	37	3	1121	1084	1053	360.303
1150–1200	55	3	0	0	44	0	0	39	59	107	789	35	47	1177	1142	991	332.321
1200–1250	97	5	0	0	27	16	7	2	71	61	855	36	45	1222	1186	1032	395.720
1250–1300	151	5	0	0	97	0	0	0	34	69	818	45	55	1273	1228	1063	356.145
1300–1350	57	1	0	1	31	6	0	0	83	140	897	50	62	1327	1277	1244	365.118
1350–1400	65	4	5	2	31	0	0	0	90	58	1072	29	17	1373	1344	1045	342.358
1400–1450	37	6	0	5	30	0	0	2	115	144	1032	23	28	1421	1398	1077	461.327
1450–1500	92	6	159	0	36	20	0	0	58	53	981	44	20	1469	1425	1194	452.575
1500–1600	14	2	9	5	29	1	28	0	110	71	1184	57	42	1552	1495	1173	746.889
1600–1700	81	12	1	17	22	2	14	0	56	62	1289	52	44	1652	1600	1312	515.370
1700–1800	76	2	16	0	44	10	0	0	68	197	1287	26	22	1748	1722	1261	669.758
1800–1900	40	0	4	0	31	0	0	0	49	72	1597	32	15	1841	1809	1418	691.652
1900–2000	22	2	35	0	3	0	4	0	56	43	1670	96	21	1952	1856	1378	523.117
2000–2100	86	23	29	8	23	23	0	18	47	37	1664	81	4	2044	1963	1478	566.742
2100–2200	11	4	99	0	9	0	0	0	64	33	1841	59	27	2148	2089	1435	517.810
2200–2300	91	9	0	2	14	0	34	0	46	32	1931	66	26	2250	2184	1368	519.206
2300–2400	25	18	49	0	31	13	14	0	60	52	2024	33	35	2353	2320	1490	523.063

2400–2500	32	18	7	0	7	0	0	0	35	4	2285	61	8	2457	2396	1411	462.331
2500–2600	5	0	8	0	3	0	0	0	31	13	2383	100	1	2545	2445	1526	529.050
2600–2700	16	0	8	0	1	0	13	0	39	9	2508	42	10	2647	2605	1523	553.057
2700–2800	12	10	168	0	31	0	0	0	70	6	2382	46	26	2751	2705	1568	557.671
2800–2900	2	1	5	0	16	1	0	0	50	24	2682	56	7	2844	2788	1710	503.616
2900–3000	11	2	17	0	5	0	0	0	60	27	2607	140	78	2947	2807	1792	298.519
3000–3200	11	2	16	1	10	0	0	0	38	12	2924	65	19	3099	3034	1730	890.620
3200–3400	3	2	14	0	3	0	0	0	42	3	3177	51	11	3305	3254	1838	756.790
3400–3600	37	3	19	0	11	0	2	0	38	4	3263	109	1	3487	3378	1876	488.308
3600–3800	4	0	0	0	53	0	0	24	22	2	3498	78	7	3687	3609	1966	454.782
3800–4000	1	0	2	0	0	0	0	0	31	2	3663	202	0	3902	3700	2062	386.528
4000–4200	0	0	13	0	2	0	33	8	70	1	3612	94	262	4094	4000	2148	470.065
4200–4400	0	0	44	0	0	0	0	0	47	11	4030	129	41	4301	4172	2285	250.987
4400–4600	25	0	37	3	0	0	0	51	23	4	4160	182	23	4506	4324	2319	150.241
4600–4800	0	0	0	0	0	0	0	0	19	1	4560	125	0	4705	4580	2163	191.837
4800–5000	0	14	0	0	3	0	0	0	50	0	4634	206	25	4933	4727	2651	142.535
5000–5250 (BBG 2007)	0	0	0	0	21	0	0	0	37	0	4926	127	1	5113	4986	2749	227.701
5250–6000	0	0	0	3	0	0	13	0	36	14	5071	425	19	5581	5156	2515	403.838
6000–7000	19	0	28	0	0	0	33	0	51	8	5994	313	2	6448	6135	3088	270.972
7000–8000	55	103	3	13	0	5	0	0	112	0	6662	507	0	7459	6952	3708	179.875
8000–9000	0	0	0	0	4	0	0	0	36	0	7511	919	0	8470	7551	3826	86.735
9000+	100	11	0	36	0	0	0	0	43	0	11011	2830	0	14031	11201	7267	202.317
Total	36	4	13	2	14	2	4	2	74	64	1479	81	28	1801	1720	1342	29.884.779

* Ohne Personen mit Anspruch auf eine EU/BU-Rente.

1. eigene Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
2. eigene Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
3. eigene Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
4. eigene Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
5. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus GRV, GUV, Kriegsopferversorgung
6. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Betriebsrenten (inkl. VBL)
7. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Pensionen
8. abgeleitete Altersversorgungsansprüche aus Privaten Renten
9. staatliche Transfers bestehend aus Kindergeld, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohneigentumsförderung, Erziehungsgeld, Bafög
10. Mindestsicherung (Wohngeld, HLU, HBL, Grundsicherung im Alter, ALG II)
11. individuelle Erwerbseinkommen
12. Kapitaleinkünfte (inkl. Vermietung & Verpachtung)
13. private Transfers (inkl. gesetzliche Unterhaltszahlungen)
14. Bruttoeinkünfte insgesamt
15. Bruttoeinkünfte insgesamt exklusive Kapitaleinkünfte
16. Haushalts-Nettoeinkommen pro erwachsene Person
17. Hochgerechnete Zahl der Personen

Quelle: SOEP

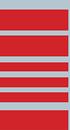
Die Autoren

Dr. Volker Meinhardt

freiberuflicher Wissenschaftler, Berlin

Dr. Markus Grabka

DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Projekt Zukunft 2020

Deutschland 2020

Aus der Krise in eine soziale Zukunft

WISO Diskurs

Projekt Zukunft 2020

**Szenarioanalyse zur Zukunft des sozialen
Deutschland**

WISO Diskurs

Projekt Zukunft 2020

**Zukunft 2020 – ein Modell für ein soziales
Deutschland**

WISO Diskurs

Projekt Zukunft 2020

**Eine soziale Zukunft für Deutschland – Strategische
Optionen für mehr Wohlstand für alle**

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

**Krisenzeiten: Was Schulden vermögen und was
Vermögen schulden**

WISO direkt

Wirtschaftspolitik

**Weltwirtschaftskrise 2009: Notwendige
wirtschaftspolitische Schritte zur Überwindung
einer Bilanzrezession**

WISO direkt

Wirtschaftspolitik

**Geld- oder Finanzsektorpolitik: Wer trägt
die Hauptschuld an der Finanzkrise?**

WISO direkt

Arbeitskreis Mittelstand

**Mittelstandsförderung auf dem Prüfstand –
Erfolgskriterien gesucht**

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Verbraucher macht im Internet

WISO Diskurs

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

**Teilhabe zu ermöglichen bedeutet Mobilität zu
ermöglichen**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Finanzierungsalternativen im Gesundheitswesen

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

**Gerechtigkeit für Generationen – Eine
gesamtwirtschaftliche Perspektive**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

**Politische Gestaltung des kommunalen
Übergangsmanagements an der Passage
von der Schule in die Arbeitswelt**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

**Mit einem europäischen Produktionsmodell
und dem Ausbau der Mitbestimmung aus
der Krise – das Beispiel Opel**

WISO direkt

Arbeitskreis Dienstleistungen

**Mehr Gesundheit wagen! Gesundheits- und
Pflegedienste innovativ gestalten**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

**Europäische Migrationspolitik – Bestandsaufnahme
und Trends**

WISO Diskurs

Frauen- und Geschlechterpolitik

**Gender in der Pflege
Herausforderungen für die Politik**

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso